

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Graupenstr. 5 und durch Ausdrücker zu beziehen. Preis pro Woche 25 Pf., Monat 1,50 Mk., 3 Monate 4,50 „ und die Post bezogen 5,50 „ frei ins Haus 6,50 „ wo keine Post am Orte 8,50 „

Anzeigensatz beträgt für die einseitige Rotationsseite oder deren Raum in Breslau und Schöten 15 Pf., außerhalb 25 Pf. Doppelseite unter Text 1,40 Mk. Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins-, Anzeigensatz 25 Pf. Familien-Anzeigensatz 30 Pf. In allen Fällen 20% Steuerzuschlag. Anzeigen für die nächste Nummer mäß. 6. Vorm. 12 Uhr (1 Tag vorher) in der Exped. abgegeben werden.

# Volkswacht

für Schlessen und „Siegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Fernsprecher:

Geschäftsstelle Nr. 1206.

Dankhof-Rosio Breslau Nr. 5882.

Fernsprecher:

Redaktion Nr. 811.

Dankhof-Rosio Breslau Nr. 5882.

Nr. 56.

Breslau, Freitag, den 7. März 1919.

30. Jahrgang.

## Gib uns Barabbas!

### Gib uns Barabbas.

Das Volk aber schrie: „Kreuzige Jesus und gib uns Barabbas.“  
Waher war um eines Mordes willen, den er bei einem Aufstand in dieser Stadt beging, ins Gefängnis gekommen.

Pilatus aber sprach zu ihnen: Was hat er Nebels getan? Aber sie schrien noch viel mehr: „Kreuzige ihn!“

Pilatus aber gedachte dem Volke gemig zu tun und gab ihnen Barabbas los, und getreite Jesus und überantwortete ihn, daß er gekreuzigt würde.

Zwei Jahrtausende sind vergangen, seit das Judentum die Lösung eines Revolutionärs erzwang, und dafür einen Verbrecher auf seinen Schild erhob. Jahrhundertlang wußte man es die Ankunft des Erlösers erfleht, und nachdem er gekommen war, um ihm den Weg aus Elend und Knechtschaft zu weisen, mußte er gehängt werden. Kurze Zeit später war es um die nationale Selbstbestimmung des Judentums geschehen und dieses zerstreute sich in alle Winde.

Die Geschichte droht sich heute fast zu wiederholen. Mit wahrhaft religiöser Inbrunst haben Millionen von Proleten seit Jahrzehnten dem Siege des Sozialismus entgegengegriffen. Und heute, wo er uns in greifbarer Nähe erscheint, erhebt sich ein Geschrei nach Spartakus. Es bräunte nun bloß weiter nach dem Willen dieser Schreier zu gehen, und bald wäre die Existenzmöglichkeit unseres Volkes für immer dahin. Millionen deutscher Arbeiter könnten sich in alle Winde zerstreuen, um als Proleten unter fremden Völkern ein verachtetes Dasein zu führen. Spartakus aber würde so wenig wie weilsand Barabbas noch eine große Rolle in der Geschichte spielen.

Doch zwischen dem Christentum, auch in seiner ursprünglichen revolutionären Gestalt, und dem Sozialismus ist um Wund ein großer Unterschied. Wir sind um zwei Jahrtausende weiter gekommen. Das Reich des Sozialismus ist ganz von dieser Welt, und in den wirtschaftlichen Bedürfnissen unseres Landes fest verankert. Die Zahl seiner Anhänger ist auch nicht klein, sondern zählt nach Millionen, die ihr festes Ziel vor Augen haben. Und es fehlt auch die Regierung, die gegenüber terroristischen Haufen ihre Hände in Unschuld waschen wollte. So wird diesmal das Geschrei nach Barabbas seinen Zweck nicht erfüllen, vielmehr wird sich die „Kirche der Zukunft“, wie sie Lassalle einst vorschwebte auf dem festen Felsen der arbeitenden Massen erheben. Dieses Bewußtsein läßt uns nicht schwanken, so stark auch gewisse Mächte am Sozialismus zu rütteln wagen.

Der Aufstieg der Menschheit zu Kultur und Wohlstand ist im Laufe der Jahrtausende oft durch Perioden der Barbarei und der Zerstörung unterbrochen worden, aber nachher ging es doch immer wieder vorwärts. Aus der Barbarei der mittelalterlichen Religionskriege erhob sich das Zeitalter des Humanismus und der Aufklärung. Aus Blut und Brand gingen vor einem Jahrhundert Demokratie und bürgerliche Freiheit hervor. Gewaltige Umwälzungen ließen dann die nationalen Einheitsstaaten entstehen und nun haben wir den Krieg um die Beherrschung der Welt in seiner ganzen Furchtbarkeit erlebt.

Dem Weltkriege wird die Weltorganisation folgen. Der Sozialismus hat ihr seit Jahrzehnten vorgearbeitet, doch wird er ihren Charakter noch nicht bestimmen. Der Kapitalismus ist im Weltkriege Sieger geblieben, zwar nicht der deutsche, wohl aber der der feindlichen Länder. Die größten Ausbeuter des deutschen Volkes sind nicht mehr die im Lande, sondern die in den fremden Ländern, die uns unerschöpflich sind. Warum zerfleischen wir uns, wo wir allen Anlaß haben, fest zusammen zu stehen, um die schwerste der Zeiten zu überwinden? In diesen Tagen geht es um unser Sein als Volk; wir gehen zugrunde, wenn wir uns nicht mit allen unseren Kräften wehren wollen.

Doch wir werden uns halten, denn im Sozialismus liegt unser Heil. Barabbas, der Verbrecher, wird nie zum Symbol des deutschen Arbeiters werden. Ist aber der Friede geschlossen, und damit unsere weitere Zukunft gesichert, dann wird die deutsche Sozialdemokratie mit den Bruderparteien der ganzen Welt an der Reform des Völkerbundes zu arbeiten haben, dem kapitalistische Eroberer seine erste Verfassung geben.

### Der Berliner Streif.

Der Berliner Generalstreik, der, wenn er Erfolg hätte, ins Chaos führen könnte, ist selber aus dem Chaos geboren. Die Abstimmung der Arbeiterräte erfolgte nach hundertlanger erregter Sitzung im allgemeinen Tumult ohne jede Kontrolle. Nachdem der Generalstreik beschlossen war, begann man erst zu überlegen, wozu man eigentlich streiken wolle und es wurden in größter Unordnung Forderungen, die aus der Versammlung erhoben wurden, ohne Debatte teils angenommen teils abgelehnt. So wurde z. B. die Verhaftung der in Holland weilenden Oberpostdirektoren beschlossen, die Verhaftung von — Ebert, Scheidemann, Noske aber abgelehnt. Die Reaktion der von den Unabhängigen regierten Mittelungswelt hat denn diesen ganzen Beschluß rückwärts um die Ecke gebracht und ihn in die Streikforderungen überhaupt nicht aufgenommen.

Was er Forderungen sonst übriggeblieben ist, ist nicht das Produkt irgendwelcher ruhigen Überlegung. Es ist nicht einmal gesagt, an wem die Forderungen gerichtet sind und von wem man ihre Erfüllung erwartet. Die meisten Forderungen sind auf dem Wege der Besetzung erfüllt worden, es ist aber doch ganz unethisch zu sagen: „Wir streiken solange, bis dieses oder jenes Gesetz geworden ist.“ Morgen könnte eine andere Stadt oder eine andere Bevölkerungsschicht kommen und erklären: „Wir streiken so lange, bis wir sicher sind, daß jene Forderungen nicht Gesetz werden.“ Das wäre dann das reine Lehnhoch. Die Ordnung der Demokratie hat eben doch, ihren vernünftigen Sinn.

Eine Streikleitung war gebildet worden, die zur Hälfte aus Unabhängigen und zur Hälfte aus Mehrheitssozialisten bestand. Die Mehrheitssozialisten waren von der Beschränkung ihres Agitationsbereichs überzeugt und machen nicht beim Streik, sondern nur in der Streikleitung mit, um die Sache ohne großen Schaden für die Arbeiterschaft zu einem einigermaßen vernünftigen Ende zu bringen. Das raßt wieder den Spartakisten nicht. Und so haben sie beschlossen, eine eigene Streikleitung einzurichten, in der die konzentrierte Unvernunft sich hemmungslos ausleben kann.

### Schwere Kämpfe in Berlin.

Berlin, 6. März. Seit Mitternacht spielen sich schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium ab. Die Spartakisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, jedoch das Gebäude stark beschädigt worden ist. Eine Verbindung mit dem Reichspräsidenten ist unmöglich, da alle Zugangsstraßen von Spartakisten besetzt und die Telefonleitungen zerschritten sind. Außer der Volksmarine-Division und einem Teil der republikanischen Soldatenwehr sind auch ein Teil der Matrosen und des 2. Garde-Regiments zu den Aufständigen übergegangen. Acht Tote und viele Verwundete sollen bisher zu beklagen sein.

Die Regierungstruppen hetzen der Lage Berlin, 6. März. Der Aufstand in Berlin, dem nach Versicherung unterrichteter Kreise trotz alles äußeren Ansehens, das die Spartakisten ihm zu geben bemüht sind, nur eine epigonische Bedeutung zukommt, konzentrierte sich bisher auf das Gebiet um den Alexanderplatz und um das Polizeipräsidium. Die Angreifer auf das Polizeipräsidium bestanden zum Teil aus bewaffneten Arbeitern der Berliner Großbetriebe, aus bewaffneten Arbeitlosen, aus Mitgliedern des Roten Soldatenbundes, das sind Delinquenten oder freigelassene Militärstrafgefangene. In

wie aus Teilen der Volksmarine-Division. Heute im Laufe der ersten Morgenstunden, zwischen 2 und 8 Uhr, ist der Angriff auf das Polizeipräsidium gescheitert. Lediglich einer kleinen Abteilung von etwa fünfzig Mann ist es gelungen, in den Säulengang des Polizeipräsidiums vorübergehend einzudringen. Diese Abteilung wurde nach kurzer Zeit von der Besatzung des Polizeipräsidiums hinausgeworfen. Das Polizeipräsidium wurde im Laufe des Vormittags weiterhin beschossen und nach allen Seiten abgeklüftet. Daraufhin ist der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Säuberung des Alexanderplatzes und die Entsehung des Polizeipräsidiums übertragen worden. Der Angriff der Garde-Kavallerie-Schützen-Division begann etwa 2 Uhr nachmittags und konnte bei Einbruch der Dunkelheit als gelungen bezeichnet werden. Der Kampf ist noch im Gange, jedoch kann die Gesamtlage dahin bezeichnet werden, daß die Regierungstruppen die besten Karten der Lage sind. Die Volksmarine-Division hat auf dem Alexanderplatz die weiße Flagge gehißt und daselbst geräumt. Zurzeit ist es von blühenden Revolutionen angefüllt. Eine Wache der republikanischen Soldatenwehr im Markt hat gegen Regierungstruppen gefeuert. Der Markt soll heute barockhaft im Sturm gekommen und die Wache der republikanischen Soldatenwehr ausgeschoben.

### Die innere Stadt besetzt.

Berlin, 6. März. Durch einen umfassenden Angriff der Regierungstruppen ist die innere Stadt, die von den Spartakisten besetzt gewesen war, genommen worden. Die verbleibenden Gebäude, wie Schulgebäude, in denen sich die Spartakisten niedergelassen hatten, sind jetzt von den Truppen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division besetzt. Notfalls müssen einzelne Spartakisten-Nester noch geklärt werden.

Berlin, 6. März, 6 Uhr 30 Minuten abends. Die Kämpfe im Stadtinnern sind abgeklüftet. Auf Seiten der Regierungstruppen sind verhältnismäßig geringe Verluste vorgekommen, besonders aus dem Grunde, weil von der Infanterie wenig Gebrauch gemacht wurde, da Artillerie, Minenwerfer und hauptsächlich Maschinengewehre zur Verwendung kamen. Zahlreiche Gefangene wurden gemacht.

### Antritt der Mehrheitssozialisten aus der Streikleitung g.

Berlin, 6. März. Im Gewerkschaftshaus traten die Groß-Berliner Arbeiterräte zur Beratung über die Streiflage zusammen. Die Unabhängigen behaupteten, daß die Schuld an den blutigen Vorfällen auf die Regierungstruppen komme. Die Regierung habe die Absicht, die Soldatenwehr und die Volksmarine-Division zu entwaffnen. Wenn das geschehe, dann könnten auch die Arbeiterräte nicht weiter tagen. Es wurde mitgeteilt, daß

auf dem Alexanderplatz 79 Tote, angeblich meist Frauen und Kinder, zu beklagen seien. Ruhe und Ordnung könnten, so führten die Unabhängigen aus, erst wieder eintreten, wenn der Reichspräsident das Kommando über die Berliner Truppen erhalte. Als ein Mehrheitssozialist auf die ungeheuerlichen Folgen der Stilllegung der

Elektrizität, Gas- und Wasserwerke hinwies, antwortete ein Kommunist: Wenn sich auch das menschliche Gefühl gegen eine derartige Maßnahme aufbäumte, so ist dies doch das kleinere Übel. Das größere Übel würde es sein, wenn die Berliner Arbeiterschaft völlig unter die Knöchel der Soldateska gerate.

Auf auch die Abstimmung eine Mehrheit der Unabhängigen und Kommunisten für die Stilllegung der Werke ergab, erklärten die Mehrheitssozialisten, daß sie die Verantwortung für die Folgen nicht tragen könnten, und daß sie

aus der Streikleitung ausscheiden. Jetzt waren die Unabhängigen und Kommunisten unter sich, und sie beschlossen, den Streik mit allen Kräften durchzuführen.

Berlin ohne elektrisches Licht. Berlin, 6. März. Der Generalstreik hat sich auf die Elektrizitätswerke ausgedehnt. Seit 7 Uhr abends ist Berlin ohne elektrisches Licht.

Charlottenburg ohne Licht und Wasser. Berlin, 6. März. In Charlottenburg sind die Arbeiter der Gas-, Elektrizität- und Wasserwerke in den Zustand getreten, so daß Charlottenburg seit heute vollständig ohne Licht und Wasser ist.

### Die Lebensmittelverhandlungen gescheitert.

Berlin, 6. März. Die in Spaa geführten Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die Auslieferung der Handelsflotte und die damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Vereinbarungen sind abgebrochen worden, nachdem die Alliierten auf die sofortige Auslieferung der deutschen Handelsflotte bestanden, ohne bindende Verpflichtungen für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen.

Nach Mitteilung der Rattenströmkommission hat die Reichsregierung die Unterhandlung in Spaa angebrochen, die deutsche Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Verträge die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte sichergestellt ist.

In der letzten Sitzung über die Lebensmittelversorgung Deutschlands in Spaa führte der deutsche Vertreter aus, die Belieferung sei Deutschlands Bedingung gewesen. Deutschland könne aber nicht seine Handelsflotte abliefern, ohne daß eine Zulieferung der Alliierten vorliege, daß die Lebensmittelversorgung auch tatsächlich erfolge. Bisher erhielt Deutschland noch keine einzige Tonne Lebensmittel von den Alliierten. Deshalb sei der deutsche Standpunkt, die Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Erklärungen die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte sichergestellt ist. Deutschland schlage aber vor, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen, eine teilweise zur Verfügungstellung der Handelsflotte vorzunehmen, und bei Vorhandensein eines bestimmten Versorgungsbalans den Rest der Flotte auszuliefern.

Der englische Vertreter erklärte, die Alliierten hätten die Absicht, die Versorgung Deutschlands von Monat zu Monat zu erleichtern, vorbehaltlich der Entscheidung des Obersten Kriegsrates, wenn Deutschland sofort die gesamte Flotte ausliefern würde. In erster Linie werde die Einfuhr von 9000 Tonnen genehmigt werden. Die Japaner der Lieferungen werde dem Obersten Kriegsrat zur Entscheidung vorgelegt.

Unterstaatssekretär v. Braun entgegnete auf diese Erklärung, daß dadurch die weitere Versorgung Deutschlands von drei unicheren Faktoren abhängig gemacht und der Entscheidung des Obersten Kriegsrates vorbehalten sei, mit dem Deutschland keine Verhandlungsmöglichkeit habe. Er betonte nochmals, daß die Frage der Lebensmittelversorgung eine Frage der Lebens- und Tod für Deutschlands Bevölkerung sei, von der schon jetzt täglich 800 Menschen Hunger sterben. Seine Regierung könne es verantworten, sich ohne die Sicherheit, daß die Alliierten helfen, des letzten Mittels zu berauben, sich selbst zu helfen.

Hierauf erklärte Admiral Hope, daß die alliierten Vertreter keine Vollmacht hätten, weiter zu gehen. Wenn die deutschen Vertreter keine weiteren Instruktionen hätten, schlage er vor, die Verhandlungen abbrechen.

Unterstaatssekretär v. Braun bemerkte, er halte es für wenig wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung in dieser Lebensfrage nachgeben könne.

Da ein weiteres Verhandeln zwecklos erschien, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die beiderseitigen Kommissionen sind von Spaa abgereist.

### Der allerneueste Aufruf.

Essen, 6. März. Auf der Rede „Glück auf Deutschland“ hat heute die Belegschaft wieder an. Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ und der Rede „Sugo“ ist die Streiflage unverändert. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 6900 gegen 7500 gestern.

### Abflauen des Thüringer Streiks.

Reisingen, 6. März. In den ostthüringischen Städten hat sich die Arbeiterschaft durchweg gegen den Generalstreik ausgesprochen. In Weisethüringen flaut der Streik nach den vorliegenden Meldungen ab; in Erfurt löste sich der Generalstreik in Teilweise auf. Im Altenburger Kreis ist die Arbeit wieder aufgenommen, in Gotha ist nur noch ein Teilstreik. Vorläufig ist die Drahtverbindung zwischen Erfurt und Thüringen noch gestört. Die heute in Weimar angekommene thüringische Regierungskommission wird heute nach Weimar gehen.

# Leipzig ohne Lebensmittel.

**Dresden, 8. März.** In der sächsischen Volkstammer erklärte der Minister des Innern unter anderem, es herrsche in Leipzig ein Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Nach ihm loeben ausgegangene Mittelungen keine in Leipzig die Lebensmittelzufuhr gänzlich, so daß die Stadt mit schmerzlichen Hunger bedroht werde. Dabei trat im A- und S-Rat die Meinung auf, wenn die Nahrungsmittelzufuhr aufhöre, würden die Arbeiter streikend die Häuser nach Lebensmitteln abzuholen und diese nur an die Verteiler, die sich als Anhänger der Unabhängigen bekannten. Die Regierung betrachte es als ihre Aufgabe, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um auf gutem Wege die Lebensmittel zu beschaffen. Leider erklärte sich der Leipziger A- und S-Rat bis heute noch nicht zu Verhandlungen bereit, trotzdem Minister Schwarz heute nach Leipzig abgereist sei. Er möchte Leipzig aber gern vor einem Hungerkrieg bewahren. Nur deshalb zögere die Regierung noch mit dem militärischen Eingreifen.

## In Satans Schmiede.

**Offen, 4. März.** Die Firma Friedrich Krupp hatte heute eine Anzahl Vertreter der Offener Presse zu einem Besuch der hiesigen Werke eingeladen. Sie konnten bei der stundenlangen Besichtigung der weitestgehenden Anlagen sich ein Bild davon machen, was die Firma früher und während des Krieges geschaffen hat, und konnten sich aber auch nicht dem trübseligen Eindruck entziehen, den die bis zu 500 Meter langen Werkstätten, in denen alle Räder stillstehen und kein Mensch mehr arbeitet, auf sie machten. Alle Anlagen der Gießerei- und Schweißfabrikation liegen still. Nur in wenigen Werkstätten ist man mit dem Bau von Lokomotiven und Güterwagen beschäftigt. Der vorstehende Bericht entstammt der „Täglichen Rundschau“. In die Zeiten und freilich seit die Gießerei- und Schweißfabrikation stillgelegt Satans könnte weinen!

## Parteitag der Unabhängigen.

Die Hoffnungen der Kongreßbesucher, daß die Verhandlungen am heutigen Mittwoch zu Ende geführt werden könnten, sind zu Wasser geworden. Die Kommission zur Revision der Programmresolution ist mit ihren Arbeiten erst am Nachmittag zutage gekommen. Da die Resolution wegen des Generalstreiks nicht gedruckt werden kann und die Verwirklichung längerer Zeit in Anspruch nimmt, wird in die Behandlung der Gewerkschaftsfrage eingetreten. Der Berichterstatter der in dieser Sache eingesetzten Kommission ist Dittmann - Frankfurt. Sein Bericht war nicht viel mehr als eine große Schimpferei auf die Gewerkschaften im allgemeinen und die gewerkschaftliche „Bureaucratie“ im besonderen. Herr Dittmann erwartete, daß durch die „Umwälzungen“ der nächsten Zeit Verhältnisse geschaffen werden, die die Gewerkschaften als Kampforganisationen überflüssig machen. Es werde dann von der Arbeiterklasse abhängig, welche Aufgabe sie den Gewerkschaften zuweisen wolle oder ob sie deren Rolle überhaupt für ausgepielt erklären. Einen starken Widerspruch zu dieser Ansicht seiner Ansicht bildeten aber seine Ausführungen, die dahin gingen, daß man den Mitgliedern der Unabhängigen Partei empfehlen müsse, in den Gewerkschaften zu bleiben oder ihnen beizutreten, damit sie im Sinne der Partei in den Gewerkschaften wirken könnten. Vor allen Dingen hätten die Unabhängigen in den Gewerkschaften die Aufgabe, der Verneinung des Klassenkampfes durch die Gewerkschaftsführer und der neutralen Haltung der Gewerkschaften in politischen Fragen entgegenzuwirken. Eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene, ebenso widerspruchsvolle Resolution wird angenommen. Die Annahme erfolgt nahezu einstimmig. Inzwischen ist die Programm-Resolution eingegangen, auf der sich das künftige Programm der Partei aufbauen soll. Sie lautet:

Unter der Aufrechterhaltung des grundsätzlichen Teiles des Erfurter Programms erklärt der Parteitag: Im November 1918 haben die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Macht nicht befestigt und die kapitalistische Klassenherrschaft nicht überwunden. Die Führer der Reichsregierungen haben den Pakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Sie treiben eine Verwirrungspolitik mit der Worten Demokratie und Sozialismus. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen eingebildet. So lange der politischen Befreiung und die Unabhängigkeit erfolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialbewegung, wie die Rechtssozialisten sie betreiben, ist ein Gaunerspiel. Sie begnügen sich, unter Schonung der kapitalistischen Interessen auch mit einer gewerkschaftlichen Verwirklichung und sogar mit der öffentlichen Kontrolle der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Verwirklichung reifen Betriebe. Das Klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß ein Verwirklichung nur von ihm allein und nur mit einer revolutionären Kampforganisation durchgeführt werden kann. Im März 1919 hat sich die proletarische Revolution dieser Kampforganisation geschaffen. Sie führt die Arbeitermassen in ihren Betrieben zum revolutionären Handeln zusammen. Die Macht dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, den Gemeinden und dem Staate. Sie führt die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische durch. Allein durch die Diktatur des Proletariats als Vertreter der großen Volksmehrheit kann der Sozialismus auf Grund des Klassenkampfes verwirklicht werden. In allen kapitalistischen Ländern entwickelt sich das Proletariat aus den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und wird zum Träger der proletarischen Weltrevolution. Die geschichtliche Aufgabe der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ist es, die Parteiträgerinnen des Klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Freiheitskampf zu sein. Die unabhängige sozialdemokratische Partei stellt sich auf den Boden des Klassenkampfes. Sie unterstügt die Mäe in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die Diktatur des Proletariats als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus. Erst der Sozialismus bringt die Befreiung jeder Klassenherrschaft, die Befreiung jeder Diktatur, die wahre Demokratie. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die unabhängige sozialdemokratische Partei aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parliamente. Sie verurteilt planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die nächsten Forderungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind:

1. Einordnung des Rätesystems in die Verfassungen. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, in der Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.
2. Völlige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch Freiwilligenkorps gebildeten Soldatenheeres. Entlassung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der revolutionären Arbeiterklasse. Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaften. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
3. Die Verwirklichung der kapitalistischen Unternehmungen hat sofort zu beginnen. Sie ist unerschütterlich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaues und der Energieerzeugung (Kohlen, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, sowie anderer bedeutendster Industrien und des Post- und Verkehrsnetzes. Großgrundbesitz und große Forsten sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Beseitigung aller technischen und wirtschaftlichen Hindernisse sowie Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. In den Städten sind das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeindegewalt zu überführen und ausreichende Wohnungen von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.

zu überführen und ausreichende Wohnungen von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.

4. Wahl der Behörden und Richter durch das Volk. Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege zur Verantwortung zu ziehen hat.
5. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wegzuheben. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch staatsweises steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern zu decken.
6. Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Den Kriegervitwen, Waisen und Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Besten zur Verfügung zu überweisen.
7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule. Essentielle Einheitschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialpädagogischen Grundsätzen auszugestaltet ist. Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel.
8. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Arbeiter- und Nebertreue an die Kommunalverbände.
9. Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen, sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiterinternationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenz von Zimmerwald und Nienburg. Die Unabhängige sozialistische Partei ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die sie erstrebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats gesichert wird. Das Bewusstsein in Wort und Tat an den Forderungen und Grundthesen dieser Kundgebung ist die notwendige Voraussetzung der Einigung der Arbeiterklasse.

## Breslauer Nachrichten.

**Breslau, den 7. März.**

### Umgestaltung des Geschichtsunterrichts

Eine der wichtigsten Aufgaben bei dem Aufbau eines neuen, freien Deutschlands ist die Umgestaltung des Geschichtsunterrichts in den Schulen, da in ihm die Wurzeln des politischen Denkens liegen. Abgesehen davon, daß der Geschichtsunterricht noch vielfach in der Hauptsache ein leeres Gerippe von Zahlen, eine langweilige Zusammenstellung von Dingen und Namen bot, stand er bisher im Dienst der herrschenden Gewalten, und ganz nebenbei der Schulbücher, nicht mit Unrecht „gedruckte Siegesrollen“ genannt, lehrten, daß alle Fortschritte und Errungenschaften der Völker ihren Fürsten zu verdanken seien, daß die Tugend und Jugend der Fürsten das Glück der Völker künfte.

Spezielle Aufgabe des Geschichtsunterrichts war es nach dem kaiserlichen Erlass vom 1. Mai 1889, der Jugend die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in Wirklichkeit unmöglichbar und in ihren Konsequenzen dem einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind. Dagegen sollte die Schule zeigen, wie die Monarchen Frankreichs es von jeher als ihre besondere Aufgabe betrachteten, haben, der auf die Arbeit ihrer Hände angewiesenen Bevölkerung den lebenswichtigen Schutz angedeihen zu lassen und ihr geistiges und geistiges Wohl zu heben, und wie auch in Zukunft die Arbeiter Gerechtigkeit und Sicherheit ihres Erwerbens nur unter dem Schutze und der Fürsorge des Königs an der Spitze eines geordneten Staates zu erwarten haben. Indem nun der Geschichtsunterricht die Rüstung gegen ihre ununterbrochenen Angriffe für das Land, ihrer pflichterfüllten Treue und ihrer landesväterlichen Liebe rühmte, machte er sie zum Gegenteil dessen, was sie waren. Schon für den, der keine genauere Kenntnis der Geschichte besaß, war

der Glaube an das soziale Fürstentum unerschütterlich, weil es allem widersprach, was er täglich sah.

Die Geschichtsforschung hat auch die ältere Form der Geschichtsforschung zerstört, nach der sich die Sozialisten besonders nationale Verdienste für die staatliche Einheit des Reiches erworben haben sollten. Es ist nicht leicht und heute noch kaum möglich, alle Freiheiten der preussischen Geschichte in ihrer zeitumfassenden Schärfe darzustellen, weil gewisse Vorstellungen und Wertungen von einem Geschichtsbuch ins andere ohne Weiteres übernommen werden. So wird, um noch ein Beispiel anzuführen, Napoleon der Erste noch immer als der ehrgeizige und nimmermüde Welt Eroberer und Weltunterdrücker dargestellt, während er in Wirklichkeit der Held eines aufregenden Verwirklichungskampfes wider den britischen Universalbespotismus, der Vorbild für die ökonomische Entwicklung des europäischen Kontinents war.

Während bis in die neueste Zeit hinein die politische Geschichte im Unterricht ungeschichtlich behandelt wurde, erfährt die Kulturgeschichte eine fleißig-mütterliche Behandlung. Gewiß hat die politische Geschichte eine sehr große Wichtigkeit, und der Unterricht kann und darf mehr die älteren Ereignisse, noch die innere politische Gestaltung der Staaten unbeachtet lassen; aber es gilt, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu sondern, die Vergangenheit in ihren Hauptmomenten zusammenzufassen. Es sind verhältnismäßig wenig Prinzipien, die stets ausnewe hervortreten, die aber stets den Kernpunkt der Entwicklung oder Hemmung bilden; überall begegnen wir im wesentlichen den nämlichen Kampfen um Recht und Macht, um Gleichberechtigung und Freiheit. Wenn die Geschichte einen Wert für das Leben beanspruchen will, dann muß sie das Leben der Völker überhaupt, ihre Wohlthat, die großen Freiheits- und Kulturkämpfe in den Vordergrund stellen. „An die Stelle der Kurzerzählung und der Chronik des Späten, das Handwerkszeug und das Schiff, die stille, unauffällige Kulturarbeit der Massen, die hervorragende Tat einzelner weiser und guter Menschen zu setzen, für den Schein und die Lüge uns endlich die Wahrheit und das Wesen zu geben; darin gewahre ich die Aufgabe des Geschichtsschreibers der Gegenwart.“ (K. Frenzel.)

Eine flüssige Lücke weist der Geschichtsunterricht auf, indem die staatsbürgerliche Erziehung beinahe völlig fehlt. Wenn die neue deutsche Republik innerlich erstarken soll, ist der zukünftige Staatsbürger mehr als bisher zu politischem Denken und Verständnis zu erziehen. Sein politisches Verantwortlichkeitsgefühl ist zu wecken. In einer Zeit, in der jeder durch den Wahrgang an den Geschäften der Nation einen Anteil nimmt, hat der Geschichtsunterricht ein allgemeines Verständnis von der Verfassung des Deutschen Reiches, der Verwaltung des Staates und der Gemeinden, der Einrichtungen für das öffentliche Wohl, sowie über die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers herbeizuführen. Wünschenswert sind auch die Elemente der Volkswirtschaftslehre: Belehrungen über die Fortschritte der neueren Welt auf wirtschaftlichem Gebiete, über die menschlichen Arbeiten, die Gesetze der Produktion und Konsumtion.

### Sturz der deutschen Kultur in Schlesien.

Die Bewegung zum Schutze der deutschen Kultur in unserer Provinz nimmt täglich einen größeren Umfang an. In zahlreichen Orten sind neuerdings Ortsgruppen der Liga zum Schutze der deutschen Kultur (Antibolschewistische Liga, Breslau, Döhlauer Straße 82), gegründet worden, so in Wollschütz, Oels, Nitschdorf, Zentsch, Heiden, Wartenberg, Liegnitz, Bunzlau, Görlitz, Gletwitz, Gubrau usw. In Bautzen, Rattowitz, Königswalde, Hindenburg, Tarnowitz, Gohl, Frankenstein, Neumarkt, Waldenburg und Trachenberg sind Ortsgruppen in der Bildung begriffen. In zahlreichen Städten und verschiedenen Industriebetrieben, sowie innerhalb großer Korporationen haben Versammlungen der Liga, die eindringlich die Größe der bolschewistischen Gefahr darstellten stattgefunden.

## Das Pünktlein auf der Welle.

**Roman von Ottomar Ecking.**  
(Vortsetzung.)

### 24. Kapitel.

#### Schabtes Grab, gekochtes Angedenken!

Der Senator hatte den Kopf voller Pläne und konnte den ehelichen Dingen nicht viel nachdenken widmen. Aber es fiel ihm trotz der eifrigsten Bemühungen eine Wandlung ein, und fast bedauernd er, Fraulein Rastin auf Garberus Wunsch fortgeschickt zu haben.

Merkwürdig wie unruhig seine Frau war. Immer fragte sie was Neues an. In den Stuben sah es anders aus als früher. Woher lag das? Die Möbel standen schieflich noch einigermaßen auf ihrem altgewohnten Platz, aber sie hatten einen eigentümlich frischen Glanz. Ein anderes Licht fiel auf sie, denn die Fenster waren mit hellsten Vorhängen versehen, als der Senator sie gern hätte. Es war alles im Hause freier, — die Zimmer, so kam es Oswald vor, waren weiter und höher. Dadurch wühlte sie manches von ihrer alten Gemütsart ein.

Auf dem Tische anderes Geschirr und andere Speisen darin, als sie seit Jahren auf dem Herde des Senators zubereitet worden waren. Garberus Ton bestimmet, lauter. Die Art, wie sie Karsten behandelte, recht entschieden, so als wenn sie wahrhaftig etwas über ihn zu sagen hätte, und nicht nur Wertesche an ihm verteilen sollte.

Auf die Weise wirkte Garberus im großen Saal und im kleinen Nebenraum mit Macht daran, sich durchzusetzen und ihr Sein zu retten.

Sie hatte das Vertrauen gewonnen, daß sie an ihr Ziel kommen müsse. Oswald war ja kein unerbittlicher Mensch. Es lag ja nichts Unüberwindliches zwischen ihnen.

Sie zu einer schönen, bauernden Wärme wollte sie ihrer Mittelbarkeits sein. Das war ihr schillerndes Ziel.

von ihrem Manne weg also, sondern zu ihrem Manne hin strebte sie hin; ihr ganzes Tun sollte letzten Endes für ihn, nicht gegen ihn gerichtet sein. Nach er es dann nur so, wie sie es meinte, von ihr selbst, nicht nur von ihr als Thronbesitzerin, dann wollte sie schon zufrieden sein.

Aber es ging nicht so bei ihrem Gespräch. Er wurde über ihren Antrag ins Eigene nicht gerade unwillig, schien auch bisweilen sogar Gefallen daran zu finden, glitt indessen doch immer wieder darauf zurück, sie mit ihrer Schwärze zu versetzen.

Inzwischen müßte ihm Garberus janzgerer Ton gegen Karsten, und er kam auf den Argwohn, daß sich der stiefmütterliche Zug bei ihr enthalte, seitdem sie richtige Mutter geworden war.

Dies Mißtrauen wuchs, je fester Garberus Thronbesitzer Kind anfaßte, je mehr sie zum Beispiel darauf hielt, daß er erst seine Schularbeiten machte und danach zum Spielen hinarangefahren wurde, während es früher, wo sie noch nachgiebiger gegen den Knaben war meist umgekehrt herging.

Der Senator sah in ihrem Benehmen das, was Garberus Herzen völlig fremd war: eine Härte, und die wollte er nun ausgleichen, indem er dem Jungen desto mehr seinen Willen verstatte.

Das gab keine Zwiesigkeit zwischen ihm und Garberus, die da beanspruchte, Karsten müsse ihren Weisungen folgen und dürfe nicht Gelegenheit haben, sich darauf zu berufen, daß der Vater ihm das von der Mutter eben Verbotene erlaubt hätte.

„Sowas kann ich keine Verantwortung mehr für Karsten übernehmen!“ sagte sie kurz und bündig.

Da konnte sich Oswald nicht enthalten, ihr zu erwidern:

„Wenn es dein eigenes Kind wäre müßtest du allerdings wohl weniger heftig sein, daß ihm jemand anders mal eine Freude macht, die du nicht für ganz angebracht hältst.“

Garberus schaute ihn starr an: „Du denkst, ich bringe Karsten nicht genug Liebe entgegen?“

„Vielleicht gehört ja der arme Junge auch mit zu der Erinnerung an Thronbe, die du hier im Hause mit aller Macht zurückdämmst.“ Um dir diesen Glauben zu nehmen, werde ich in Zukunft jede Entscheidung über Karsten dir überlassen.“

Das ist dann sehr bequem für dich. Aber ein Beweis für die Liebe zu ihm, weil du dies Wort jetzt so getn in den Mund nimmst, ist das meiner Ansicht nach nicht. Ich habe ein sehr feines Ohr, liebe Garberus, und es gibt nichts, worin ich so empfindlich bin, als alles, was Karsten betrifft, denn das Kind ist mir, um es einmal etwas partheilich auszusprechen, ein heiliges Vermächtnis. Und ich merke sehr gut, daß Pavel den größten Teil deiner Zärtlichkeit erbt.“

„Karsten kann sich längst selbst helfen. Es ist doch natürlich, daß man zu einem zwölfjährigen Knaben anders spricht, als zu einem kleinen Kinde.“

„Anderz in den Krüppeln, — ja. Anders im Ton? Nein. Eine gerechte Mutter wird sich da gleich wehren.“

„Ich gebe mir wohl Gott alle Mühe, Karsten auch nicht eine Abnung Liebe weniger zuteil werden zu lassen als Pavel.“

„Ja, Mühe geben, — das heißt schon, nicht mehr ganz selbstverständlich handeln.“

„Ja, Oswald, was willst du? Daß ich nicht so ein mit Karsten bin wie mit unserm Pavel, kann ich denn dafür? Aber Karsten soll wahrhaftig nur die Mutter und nicht die Stiefmutter in mir kennen lernen!“

„Ich hoffe wenigstens, du wirst dich etwa in eine Abneigung gegen Thronbe hineingehören, worunter ihr Kind dann zu leiden hätte. Es ist doch auch mein Kind, das müßt du dir immer vor Augen halten.“

Als Garberus das erste mal ihrem Herzen vor Oswald Luft machte, war der Lebenskampf, daraus die beiden gemeinsam trinken mußten, noch heil gewesen. Jetzt aber

schon ein kleiner Sprung im Glaste, und wie das nicht anders ist: soch ein Sprung geht nie zurück; sondern zack immer weiter vorwärts.

Thronbe genß nicht die hohe Ehre, wie sie den Stimmemannschen Eltern dargebracht wurde. Die Begrüßungstafel wurde an ihrem Todestage nicht angehängt, aber der Senator veräumte es nie, an diesem Tage die Ruhestätte zu schmücken.

Und als nun wieder einmal ein Jahr um war, seitdem Oswald das Weib, dem seine Liebe galt, hatte in die Erde senken müssen, da sagte er zu Garberus:

„Fabricius hat unversehens für heute Nachmittag eine Sitzung anberaumt, die kann lange dauern. Du bist wohl so gut, den Kranz hinzuzubringen.“

„Gewiß, Oswald.“

Merkwürdig schwer hatte Garberus an dem blassen Blatt — und Baumgewinde zu tragen, und als sie vor dem Grabe stand, vor diesem weiten, bartendähnlichen Grabe, das so viele, viele Jahre schon alle in sich aufgenommen hatte, Männer und Weiber, Kinder und Greise, die sich der Zugehörigkeit zur Familie Stimmemann rühmen durften, — da kamen ihr absonderliche Gedanken.

Hier lagen sie alle friedlich beisammen. An konnte sich ordentlich erbilden, sie seien auch jetzt noch stolz darauf, daß der Name Stimmemann über ihnen auf den Grabsteinen oder auf den Platten in der Hinterwand brange.

Hatten sie aber auch im Leben wahrhaftig zu einander gehört, tiefer als nur durch den Namen? Was an Gefühlen, ja sogar an Leidenschaften durch die hier vermodernden Herzen und Hirne gezogen war, — hatte sich das immer nur auf den engen Familienkreis beschränkt? Waren die Begierden nie nach außen gezogen? Waren sie niemals auswärts gestirbt worden?

(Fortsetzung folgt.)





Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. März.

Unsere

Distrikts-Versammlungen.

Die Montag, den 10. März, abends 7 Uhr, abgehalten werden, folgen in folgenden Lokalen:

- Distrikt 1: Werner, Friedrichstraße 2.
2: Klinger, Viktorstraße 42/44.
3: Krawinkel, Gräblichstraße 91.
3a: Mehl, Stenbühnenstraße 19.
4: Spitz, Becklerstraße 82b.
5: Springer, Promnitzstraße 59.
6: Heine, Leinhardtstraße 12/14.
7: Müller, Steinhauserstraße 34.
8: Fiebig, Wehlstraße 52.
8a: Nidling, Bergmannstraße 13.
9: Freier, Michalsstraße 3.
9a: Lieb, Kellenstraße 27.
10: Schindler, Oelsnerstraße 8.
11: Kalle, Weinstadt 39.
12: Maciejewski, Uferstraße 26.
13: Herrmann, Wrigittentat 13.
14: Meulit, Königgräberstraße 10.
15: Gewerkschaftshaus.
15a: Goresl, Grünstraße 2.
16: Bankke, Subentstraße 59.
16a: Mandel, Hohrauerstraße 70.
17: Franke, Mendorfstraße 99.
17a: Sankt, Sabowstraße 9.
18: Zeffe, Roperberg 17.
19: Kunnä, Neue Weltgasse 14.
Größtlich: Kossel, Gräblichstraße 250.

Diese Distrikts-Zusammenkünfte beginnen nun um 7 Uhr, früher hatten sie um 8 Uhr begonnen. Wir bitten die Parteimitglieder um pünktliches und vollständiges Erscheinen.

Der Vorstand.

Borarmeldung für Lebensmittel.

Für Lebensmittel sind vom 8. bis 11. März voranzurufen die Lebensmittelmarken 143 in den Meierien 25 und 26 für Käse, 153 für Sakerzeugnisse und Marmelade, die Nahrungsmittelmarken 116 weiß für Getreide und blau für Reis, rot für Zwiebeln und Zerkornen 113, 153 braun für Cranpe.

Soldat-Vorkellung.

Donnerstag, den 13. März, gelangt im Thalia-Theater das Lustspiel 'Der Familientag' von Adelburg zur Aufführung.

Billets werden am Sonnabend, den 8. März, abends von 7 Uhr ab, im Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches des Sozialdemokratischen Vereins und der Theaterkarte ausgegeben.

Der Anruf beginnt von 1001 bis Ende und 1 bis 1000.

Kalai bleibt Kalai.

In der gestrigen Morgenausgabe der 'Schlesischen Zeitung' (Nr. 119) findet sich unter dem Titel ein U. P. gezeichnetes Bild, 'Sehster Selbstgezeichnet und letzte Karikatur in Spaan', der von Kaiserlicher Behörde trifft. Der Verfasser erklärt, daß 'der Kaiser kirchlich halte'.

Bund für freie Volkskirche.

In der Provinz Schlesien mit dem Sitz in Breslau hat sich ein Bund für freie Volkskirche gebildet, der alle Stände und Schichten sammeln will. Seine Hauptproklamierung ist:

Der Bund tritt für die Durchführung sittlicher Grundzüge in Politik und Völkerverhalten und damit für den Weltfrieden ein. Weitere Aufschluß über den Bund erteilt gerne: Prof. Dr. Polmann, Breslau, Hochstraße 9, I, und Genosse Hans Behnemann, Redaktion der 'Volkswacht'.

Verkauf in Blumen-Geschäften.

Zu den auch im Kriege noch mit am schlechtesten bezahlten Arbeitsträgen gehört ohne Zweifel das Veronal der Blumenhandlungen, werden doch in besonderen Fällen Winderinnen 80 Mark Monatslohn erhalten. Der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter erwirkt die Forderung der Blumen-Geschäfte hinsichtlich Lohnregulierung und Tarifabschluss mit ihm zu verhandeln.

Der örtliche Transportarbeiterverband im Verein mit dem deutschen Gärtnerverband berief am 28. Februar eine Versammlung nach dem Artusgarten ein. Den hieran erschienenen Gärtnern der freien Gewerkschaften wurde der Saal ohne Grund verweigert, nur dem ersten Vorsitzenden des Verbandes der Gärtner wurde das Verbleiben gestattet. Die delegierten und christlichen Herren erklärten, es sei doch schon etwas erreicht, eine Winderin erhalte nach dreijähriger Tätigkeit doch schon einen Wochenlohn von 20 Mark, nach sechsjähriger Tätigkeit einen solchen von 30 Mark. Genosse Wolffrecht, der Vorsitzende der freien Gewerkschaft, gestellte in der Aussprache dieses System, das als Verwahrung der Arbeiterinteressen angesehen sei. Er konnte dann auch Remunerationen in den Verband aufnehmen.

Die Lohnverhältnisse im Friseurgewerbe.

Eine überfüllte Versammlung der Friseur-Kollegien und Friseurinnen beschloß sich am Mittwoch abend mit den Lohnverhältnissen im Friseurgewerbe. Die Kollege Eidohf hervorhob, daß die Wochensöhne von 25 und 30 Mark für verarbeitete Leute bei 10 bis 14-stündiger Arbeitszeit an der Tagesordnung. Der Lohn und Logiszwang ist noch ein großer Mangel, besonders bei den kleinen Meistern, wo nicht selten die Gehilfen und Lehrlinge auf dem Dachboden untergebracht sind. Ein Kapitel für sich ist die Verhütung der Geschäfte mit 25 und 30 Lehrlingen sind durchaus keine Seltenheit. Durch alle diese Punkte hat sich eine große Unzufriedenheit im Gewerbe bemerkbar gemacht und der freie Verband sah sich veranlaßt, einen Tarifvertrag auszuarbeiten, der demnach den Arbeitgebern unterbreitet werden soll und der folgende Forderungen enthält:

Die monatliche Arbeitszeit soll 60 Stunden nicht überschreiten. Sie verteilt sich vom 1. April bis 30. September auf die Zeit von 7 bis 5 Uhr, Sonnabends bis 6 Uhr und Sonntags von 7 bis 11 Uhr. Vom 1. Oktober bis 31. März von 8 bis 6 Uhr, Sonnabends bis 7 Uhr und Sonntags von 8 bis 12 Uhr. Die Mittagspause beträgt 2 Stunden. In jeder Woche ist ein Nachmittag freizugeben, beglücken die drei wöchentlichen Feiertage.

Der Mindestlohn beträgt im Herrenfach im ersten Gehirnsjahr 45 Mark wöchentlich, für alle übrigen Gehilfen 60 Mark. Im Damenfach sind monatlich 250 Mark zu zahlen, für Gehilfeninnen 200 Mark. Ueberstunden sind mit 1,50 Mark zu vergüten. Theaterreisen sind als Ueberstunden zu betrachten. Für geleistete Haararbeit sind 10 Prozent zu zahlen und für Ausstellungen ein Wochenlohn von 60 Mark. Bei Streitigkeiten ist die Schlichtungskommission anzurufen, Anerkennung der Organisation und Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises.

In längerer Aussprache kamen die vielen Wünsche im Berufs-Kreisgebiet vor. Sprachlich. Bieleck wird das Einkommen der Arbeitgeber als Entschädigung für geleistete Arbeit angesehen. Als ganz besonders bemitleidenswert wurde die Lage der Heimarbeiterinnen eingeschätzt, deren Wochenverdienst zwischen 15 und 20 Mark schwankt.

Der entsendende Obermeister Weigel hielt einen Durchschnittslohn von 50 Mark, besonders für die kleineren Meister, zu hoch und befürchtete, daß dann viele Entlassungen werden vorgenommen werden müssen. Der Aufforderung des Vorsitzenden, sich zusammenzuschließen, kamen die Anwesenden in so großem Umfange nach, daß mehr als 100 Resolutionen für den Verband zu verzeichnen waren.

Soziale Arbeiter-Versorge im alten Konjum-Verein.

Man schreibt uns: Die öffentliche Aufforderung zu Verhandlungen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen an die Direktion des alten Breslauer Konjum-Vereins in ihrer gestrigen Nummer zeigt in recht wohlwollender, kleinlichem Geiste die Direktion des Vereins betrachtet. Um soziale Zustände ihrer Arbeiter kümmert sie sich nicht. Wohl ist der Pferdefall mit weißglasierten Blechen ausgestattet, aber Arbeiter müssen in einem Meßort (Schweizerhof) schon bald ein ganzes Jahr ihre Frühstücks- und Bepferwuche in einer leerstehenden Wohnung verbringen, wo nicht mal ein Tisch vorhanden ist, an dem man sich um Essen setzen könnte. Trotz schmutziger Arbeit bei Marmelade- und Sirupfabrikation ist keine Sozialgesetzgebung vorhanden. Mit dem Lohn, den sie ihren Arbeitern zahlen, legt sie sich ebenfalls keine Ehre ein. Was sind 47 Mark Wochenlohn in heutiger Zeit? Es reicht gerade so weit, daß man bei einer 4-köpfigen Familie noch jede Woche 10 Mark zulegen kann, wenn man beim Arbeiten nicht verhungern will und man noch ein paar Pfennige zum Ansehen hat. Was aber, wenn auch dieses alle ist? Den Kriegsteilnehmern tritt die Direktion besonders hart entgegen. Am liebsten hätte sie diese überhaupt nicht mehr eingestellt, wenigstens einen großen Teil derselben, wenn sie nicht geleglich dazu gezwungen gewesen wäre. Die im November und Dezember zurückgekehrten mußten bis sechs Wochen ausbleiben, ehe sie wieder anfangen durften. Die Kriegszeit wird nicht mit angerechnet. Arbeiter, die schon 4 Jahre vor dem Kriege da beschäftigt waren, dann 4 1/2 Jahre Frontdienst geleistet haben, erhalten nicht den Höchsten Lohn, der ihnen nach blühiger Tätigkeit zusteht. In der Betriebskassenkasse müssen die zurückgekehrten Kriegsteilnehmer erst ein Jahr Karenzzeit durchmachen, ehe sie bei Krankheitsfällen Anspruch auf vollen Lohn haben. Das war vor dem Kriege nicht der Fall. Wenn man in Betracht zieht, daß der Arbeiter damit betroffen werden, die schon 10 bis 13 Jahre vor dem Kriege im Betriebe beschäftigt waren, so ersieht man recht deutlich, wie die Direktion den Vaterlandsverteidigern den Dank erpartet. Sie hatte wohl Angst, daß sich die Kriegsteilnehmer, nachdem ihre Gesundheit in den Kriegsjahren arg mitgenommen wurde, zu viel krank melden würden. Selbstverständlich rechnet sie auch den Kriegsinvaliden einen beträchtlichen Teil ihrer Rente zum Lohn. Es wäre wirklich höchste Zeit, daß die Herren erwachten und sich ein bißchen mehr neuzeitlichen Geistes aneigneten.

Kriegsgeheimnisse. Die Kerpochen für die Kriegsgeheimnisse sind die der Oststraße, neben dem Gaswerk 4 (Kurator Günter), wovon Sonntag, den 9. März, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr an Ort und Stelle abgehört. Der Preis beträgt 5 Pf. für den Quadranten. Uebernehmen, für die das Recht nicht entrichtet wird, gelangen anderweitig zur Vergebung.

Widerverhaftung des Pokanied 7. Das am März 1917 verhaftete Pokanied 7 in der Gasse (Königsplatz) wird vom 17. d. M. ab für den Verkehr mit dem Publikum wieder eröffnet.

Ein verbotenes Fest.

Der Volkstanz und der Zentral-Volkstanzrat haben im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit dem Breslauer Volkstanz-Klub kein für Sonnabend, den 8. März, angelegtes Fest verboten. Der Antrag für die geldlosen Eintrittskarten wird an den Stellen zurückgezahlt, an denen sie geldlos wurden. (Siehe Interat.)

Der Volkstanzrat muß seine guten Gründe für das Verbot haben, obwohl ja das Programm des Volkstanzfestes nicht danach aussieht, daß Ruhe und Ordnung dadurch gestört werden. Aber es kommt ja heute auch nicht auf das an, was verboten wird, und sei es das beste, sondern auf die Besucher. Und ein erheblicher Teil von diesen, die überall dabei sein müssen, wo was los ist und wo man vor allen Dingen mit dem mahllos durch Kriegsgewinn oder Schiebergeschäfte erworbenen Gelde aufzuziehen herumwerfen kann, ist tatsächlich eine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit in der Stadt.

Die Sterblichkeit im Dezember.

Die Sterblichkeit in Breslau war im Dezember wieder höher als im November, trotzdem die Todesfälle an Grippe gegen den November etwas abgenommen haben.

Table with 3 columns: Personen überhaupt, an Grippe insbesondere, an Lungenerkrankung insbesondere. Rows for Oktbr., Novbr., Dezbr. with corresponding numbers.

Jugendliche Einbrecher.

Der junge Dürchen, im Alter von 19 Jahren, stahl in der Nacht zum 18. Dezember dem Pöpelwitzer Dominium einen Besuch ab. Sie erwarben den Wertesfall und hielten vier Pferde im Werte von 7000 Mark heraus. Diese wurden verkauft und der Erlös geteilt. Am Mittwoch fanden nur zwei von den Dieben, die Arbeiter Karl Klose und Paul Stephan vor der zweiten Strafkammer, um sich wegen Schwere Diebstahls zu verantworten. Da er trotz seiner Jugend schon erheblich vorbestraft ist, wurden ihm mildere Umstände verlesen und er zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Klose, der nur einmal vorbestraft ist, erhielt eine Gefängnisstrafe von einem Jahre sechs Monaten.

Der Bund der techn. Industriellen Beamten, Ortsgruppe Breslau, hielt kürzlich eine von circa 300 Personen besuchte erweiterte Mitglieder-Versammlung ab, in der der Obmann, Ingenieur Bräuninger, zunächst einen Bericht über den Stand der Verhandlungen mit dem Verband der Schlesischen Metallindustriellen wegen gemeinschaftlicher Regelung von Arbeitszeit, Urlaub, Kündigung, sowie Festlegung von Mindestgehältern erstattete.

Sobald sprach Ingenieur Seifert, Dresden über 'Revolution, Organisation und Angestellten-Ausschlüsse'. In der darauf folgenden Aussprache wurde von mehreren Kollegen festgelegt, daß bei vielen Breslauer Firmen in der Angestelltenfrage noch große Mängel herrschen, die unbedingt abgestellt werden müßten, wenn nicht die Erleichterung der Angestellten ins Ungewisse wachsen soll. Zum Schluß wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: 1. Dinausschiebung des zulässigen Kündigungssterms bis zwei Monate nach Friedensschluß. 2. Beschaffung von Arbeit und deren Verteilung unter Mitwirkung der Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften. 3. Kontrolle der Unternehmer durch die Ausschüsse des Demobilisationsamtes, zu denen Arbeiter- und Angestelltenvertreter hinzuzuziehen sind. 4. Beschleunigung zur Umstellung des Betriebes auf die Friedenswirtschaft. 5. Ausdehnung der Beschäftigung der Angestellten-Ausschlüsse, die das Recht haben sollen, zu prüfen, ob und inwiefern eine Firma die Aufrechterhaltung des Betriebes ohne einzeln Teile desselben ermöglichen kann. 6. Wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit, 7. Ausbaur der öffentlichen Arbeitsnachweise und ihre Ausdehnung auf alle Angestellten.

Elektriker-Verkehr Breslau-Carlsmarkt-Oppeln. Vom 10. März ab treten auf der Strecke Breslau-Carlsmarkt-Oppeln folgende Änderungen ein: 2. 485. Breslau Hbf. ab 5 Uhr 25 Min. vorm., Raslowitz-Webern an 6 Uhr 25 Min., wird bis Carlsmarkt verfahren, Raslowitz-Webern ab 8 Uhr 40 Min. vorm., Carlsmarkt an 9 Uhr 22 Min. - 2. 485. Verkehrt bereits von Carlsmarkt aus: ab 9 Uhr 52 Min. vorm., Breslau Hbf. an 11 Uhr 20 Min. Von Raslowitz-Webern bis Breslau 1 1/2 Stunde später wie jetzt. - 2. 6350. Verkehrt 21 Minuten früher, Oppeln Hbf. ab 8 Uhr 24 Min. vorm. ab Carlsmarkt an 9 Uhr 40 Min. - 2. 487. Breslau Hbf. ab 8 Uhr 8 Min. abends, wird bis Carlsmarkt durchgeführt, an 7 Uhr 52 Min. - 2. 490. Verkehrt bereits von Carlsmarkt aus: ab 8 Uhr 35 Min. abends, Breslau Hbf. an 10 Uhr 13 Min. - 2. 6512. Raslowitz-Webern-Raslowitz-Webern verkehrt 43 Minuten früher.

Keine deutschen Offiziere für Japan. Die japanische Gesandtschaft in Haag bemerkt nachdrücklich die Meinung, daß die japanische Regierung die Abfertigung habe, deutsche Offiziere anzustellen.

Harter Kriegsgefangenen und die evangelische Kirche. Die Jurisdiktion unserer Kriegsgefangenen in Feindesland bewegt gegenwärtig die Gemüter aufs Heftigste. Das Stadtkonfessionarium hat deshalb eine Anregung folgen lassen und angeordnet, daß am kommenden Sonntag, den 9. März, in aller Öffentlichkeit der Kriegsgefangenen gewandt und die Kriegsgefangenen in der Provinz von evangelischen Geistlichen besucht werden.

Achtung, Gewerkschaftsvorstand! Die katholischen Jahresfragen bitten wir ausgefüllt innerhalb einer Woche dem Arbeiter-Sekretariat zu übermitteln. Die General-Kommission drängt auf Fertigstellung unseres Berichtes. Der Parteiausdruck.

Das 74. Stiftungsfest feiert am Sonntag, den 9. März, die Freie Religionsgemeinschaft, Grünstraße 14/16. Ein Festvortrag von Herrn Dr. S. Dör, musikalische Darbietungen sowie Rezitationen werden zu einer würdigen Feier wesentlich beitragen. Sämtliche Mitglieder sowie Gäste sind herzlich eingeladen.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Montag, den 10. März, nachmittags 6 Uhr, findet im 'Königstempel' eine besondere Versammlung der Stations-, Oberbau- und Betriebsarbeiter statt. Das Erscheinen aller Kollegen (auch Unterbeamten) ist erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Der Reichliche Stadterordnete Rechtsanwalt Dr. Nadel, der erst am vorigen Sonntag neugewählt wurde, ist gestorben. Da nach der Verhältnismäßig immer der nächste auf der Liste an eine freigewordene Stelle tritt, bleibt die Stärke der einzelnen Fraktionen und des Stadtparlaments immer die gleiche.

Truppenüberzug. Der Volkstanz zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, teilt mit: Am 7. März und den folgenden Tagen wird eine größere Zahl Truppen durch Breslau rücken. Sie kommen von der polnischen Front und sind für die bedrohte tschechische Front bestimmt.

Die Stadtgericht-Annahme ist bis zum 8. März gesperrt.

'Kabarett 'Schach Wäcker'. Die Rollen ändern sich. Aus dem früher zweifelhafte Kabarett hat Fräulein Direktor Selmann einen Wustentempel geschaffen, der heute mit der Bühne Breslauer steht und dort auch bleiben dürfte, da nach eine bedeutende Erweiterung des Unternehmens durch Hingabe der ersten Etage beschlossen ist. Eine erstklassige Künstlerin ist mit dem 1. März dort eingezogen, voran Alonsa Fint, vom Bohemianer, der allen genügend bekannt ist. Die Herren Kraak, Robins und Stephan leisten jeder in seinem Fachem Vortreffliches. Herr Stephan vertritt außerdem in geschickter Weise den Posten des Anführers. Das weibliche Fach ist durch Fedi Czenta und Mia Schwarz in besten Händen, zu denen sich Miss Neubauer gesellt, eine Operettensängerin mit feinem schönem Sopran und ebenföhlenen Vorträgen. Der brave Künstlerkapelle führen ein Extralob.

Tanagra-Theater. Das Tanagra-Theater, das nur bis 10. März in der Hermann-Lage Vorstellungen veranstaltet, bietet ein vorzügliches Programm. Außerdem ist das Auftritte bekannter hiesiger Bühnenkräfte in Aussicht genommen. Täglich drei Vorstellungen um 4, 6 und 8 Uhr.

Unfall von Schülern. Der Inhalt des am Hause Zwingerstraße 10/12 angebrachten Briefkastens geriet am 27. Februar, nachmittags gegen 3 1/2 Uhr, in Brand; drei Jungen im Alter von 12 bis 13 Jahren sollen das Feuer in der Weise hervorgerufen haben, daß sie brennende Streichhölzer in den Briefkasten warfen. Angeblick ist von ihnen ein gleicher Unfall auch bei anderen Briefkästen verübt worden.

500 Mark gestohlen. Im Gasthause Ohlauer-Strasse 79 ist am 1. d. Mts. eine Krotobühlerdiebstahl, in der sich 500 Mark, ein Schuldchein und eine gelbe Studenten-Ausweislarke für Edmund Stawowial befanden, gestohlen.

Verminertes Brüderpaar. Die beiden Brüder, der 15jährige Arbeitsbursche Julius und der zehn Jahre alte Schüler Günther wurden am 27. Februar vermißt. Beide wohnen bei ihren Eltern, Hochstraße 2, wohnhaft.

Ein Faß Kognak gestohlen. Am 27. d. Mts. ist ein Faß Kognak, enthaltend 27 1/2 Liter, entwendet worden. Das Faß ist gezeichnet 'Breslauer Genossenschafts-Brennerei, Nr. 2050'.

Wohnungs-Einbrüche. Am 1. März ist aus einer Wohnung Tiergartenstraße 83/85 ein kurzer Silberhalsband, ein schwarzes Sommer-Überrock, ein Paar niedere Lackschuhe, ein Paar dunkle und ein Paar hell gefärbte Reifeln, zusammen im Werte von 2200 Mark, entwendet worden. Am 2. d. Mts., nachmittags, ist Jahnstraße 30 ein Sportpeltz mit Kapuzenfutter und grauem Bezug und eine Mittelweidener gestohlen worden, vermutlich von zwei Männern.

Schanfenster-Einbrüche. Ein Schanfenster im Hause Wilschstraße 14 ist in der Nacht zum 1. d. Mts. mit einem Siegel eingeschlagen worden, woraus aus der Auslage 2 Kisten Zigarren, eine Flasche Rum, 1 Flasche Kognak und 1 Flasche Rotwein gestohlen worden sind. Aus dem Schanfenster Königgräber Straße 19 wurden in der Nacht zum 3. d. Mts. nach Einschlagen der Fensterhebe 21 Dosen Fischöl entwendet.

Gasvergiftung. Ein 20jähriger Dienstmädchen, das Alltags-Allee 10 in Stellung war, ist dort am 5. d. Mts. an Gas vergiftet vorgefunden worden. Es wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, war aber bereits tot und die Leiche ist daher in das Schanhaus überführt worden.

Eingekandt.

Unter dieser Rubrik beschleunigt der Metropolit die Besichtigung der Verhafteten. Die Redaktion.

Schlichte Wege.

Bei der Agitation zur Stadterordnetenwahl konnten die Helfer sich überzeugen, in welcher schlechtem Zustande sich die Straße in der Verlängerung der Gr.-Möhberner Straße befindet. Wasser abt es nicht, einen Fußweg auch nicht, es muß man den bodenlosen Weg hindurch bis über die Gasse durch... Ein paar Kuben Schlade würden genügen, diesem Uebelstand abzuwehren. Die Stadterordneten bitten daher die Begepolizei, Abhilfe zu schaffen. In ähnlicher Verfassung befinden sich die Bürgersteige der Gräblichstraße der Nummern 253 bis 257, 243 bis 247, 175 bis 179. Obwohl die anliegenden Häuser wohl gepflastert sind, ist man über den Zustand der Bürgersteige im allgemeinen sehr unzufrieden. Jetzt ist es aber fast...

